

gionalpartei in der 'Lok Sabha' und wichtigster Bündnispartner von Premier Vajpayee.

Im Nachbarstaat Karnataka setzte sich dagegen diesmal wieder der 'Congress' durch, nach 10 Jahren in der Opposition. Die bisherige Regierungspartei 'Janata Dal' unter J.H. Patel hatte sich mit der BJP verbündet, aber ein Teil der Partei, geführt vom ehemaligen Premierminister Deve Gowda, wehrte sich gegen diese Allianz und kandidierte separat. Keine der beiden Gruppen hatte beim Wähler Erfolg. Neuer Ministerpräsident ist S.M. Krishna.

Schließlich wurde noch in Sikkim und Arunachal Pradesh, im Nordosten Indiens, gewählt. Dort gewannen die jeweiligen Amtsinhaber, die 'Sikkim Democratic Front' und der 'Congress'.

In zwei Unionsstaaten ist es ohne Wahlen zu einem Wechsel an der Spitze gekommen: In Uttar Pradesh (UP) und Orissa. In UP, dem Staat mit der größten Bevölkerungszahl, schafften die innerparteilichen Gegner von Kalyan Singh (BJP) es nach langem Gezerre im

November, den Ministerpräsidenten in die Wüste zu schicken. Premier Vajpayee intervenierte persönlich gegen Kalyan Singh. Seine Amtsführung galt als autokratisch; eine größere Rolle spielten aber Animositäten zwischen den Kasten. Kalyan Singh ist ein Lodh, das ist eine der "rückständigen Kasten" (OBC). Seine Gegner waren vor allem Angehörige der oberen Kasten. Sie zeigten sich besorgt, daß die BJP bei den 'Lok Sabha'-Wahlen vor allem unter den Brahmanen, Thakurs und anderen oberen Kasten an Rückhalt verloren habe. (Umfragen zeigen freilich, daß weiterhin drei Viertel dieser Gruppen BJP wählen.) Allerdings gelang keinem von Kalyan Singhs prominenten Opponenten der Sprung auf den Sessel des Ministerpräsidenten. Statt dessen entschied sich die Parteiführung für Ram Prakash Gupta, einen altgedienten Kader des 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS), der seit längerem keine wichtige Rolle in der Tagespolitik mehr spielte - also ein Kompromißkandidat ohne eigene Hausmacht in der Partei ist. Die Konflikte

sind damit noch nicht ausgestanden, obwohl Kalyan Singhs Parteimitgliedschaft suspendiert wurde. Die Chance, eine effizientere Administration aufzubauen, ist ebenfalls verpaßt. Die alte Regierung hatte 90 Minister, um Überläufer und Koalitionspartner aus allen politischen Richtungen zufriedenzustellen. Jetzt sind es 91 geworden.

In Orissa mußte Ministerpräsident Giridhar Gamang ('Congress') den Hut nehmen. Ihm wurde das administrative Chaos nach der Sturmkatastrophe im Oktober zum Verhängnis. Sonia Gandhi persönlich entschied über den Nachfolger: Hemananda Biswal ist wie sein Vorgänger Gamang ein wenig profilierter Adivasi-Politiker. In Orissa stehen in drei Monaten Wahlen an, und die Chancen für den 'Congress' stehen denkbar schlecht. Bei den Wahlen zur 'Lok Sabha' gewann die Partei gerade einmal zwei Mandate in Orissa. Die restlichen neunzehn gingen an die Allianz aus BJP und 'Biju Janata Dal'.

Thomas Baerthlein

Hindu-Nationalisten, der Papst und Christen in Indien

von Ursula Rao

Der Besuch des Papstes Anfang November war in Anbetracht der Äußerungen, die er im Vorfeld gemacht hatte, von zahlreichen Spannungen und Kontroversen begleitet. Ausgelöst worden war die Diskussion vor allem durch den Protest einer Gruppe radikaler Hindus, die vom Papst nicht nur eine Entschuldigung für die Greuelthaten christlicher Missionare im Goa des 16. und 17. Jahrhunderts verlangten, sondern die insistierten, daß er mit seiner Autorität jede Missionstätigkeit in Indien unterbinden sollte. Um ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen, hatten sie einen Protestmarsch von Goa nach Delhi veranstaltet, in dessen Verlauf sie nicht nur anti-christliche Propaganda verbreiteten, sondern auch den Papst symbolisierend Strohputzen verbrannten.

Damit war nicht nur die katholische Kirche Indiens selber ins Rampenlicht der Aufmerksamkeit geraten, sondern mit ihr alle christlichen Organisationen, für die der Aufruf zur Missionierung Teil ihres Credo ist. Besonders getroffen zeigten sich jene Christen, die ihre oft entbehrungsreiche soziale und spirituelle Tätigkeit in entlegenen und verarmten Landstrichen nicht nur ungerecht bewertet, sondern absichtlich mißinterpretiert sahen. "Was ist falsch", so insistierten sie, "wenn wir diesen Menschen nicht nur helfen, Wege aus der Armut zu finden, sondern ihnen auch von der Quelle unserer Inspiration predigen. Jeder ist frei, seine Religion zu wählen." Hindu-Nationalisten hielten dagegen, daß diese Art der Missionierung, die mit fremdfinanzierten Entwicklungsprojekten einhergeht, eine vom Ausland finanzierte

Verführung ist, die die Menschen ihrer angestammten Spiritualität entfremden soll.

Die auf indischem Boden verlesene Deklaration des Papstes, in der er das 3. Millennium zum Jahrtausend Asiens erklärte, in dem die Christen auch in diesem Kontinent die Ernte ihrer Arbeit einfahren werden (nachdem das erste Millennium der Missionierung Europas galt und das zweite der Verbreitung des Christentums in Amerika und Afrika), ist in diesem Streit nur Öl aufs Feuer. Sie muß für Hindu-Nationalisten eine Provokation darstellen und kann in ihrer ganzen Bedeutungstiefe auch durch das Treffen des Papstes mit Vertretern verschiedener Religionen und seinen anerkennenden Worten für die Praxis religiöser Toleranz in Indien nicht überdeckt werden.

Zwischen den beiden Positionen lavierte die Regierungspartei BJP, die sich nicht zuletzt um des internationalen Ansehens willen gezwungen sah, den Besuch des Papstes erfolgreich abzuwickeln ohne dabei jedoch riskieren zu wollen, ihre zumeist hindu-nationalistisch gesinnte Wählerschaft zu verärgern. So wurde der Papst zwar von Staats wegen willkommen geheißen, aber nicht als Kirchenoberhaupt, sondern als höchster Regierungsvertreter des Vatikanstaates. Hochrangige Regierungsmitglieder wurden sogar ausdrücklich angewiesen, den "inoffiziellen" religiösen Programmen des Papstes fern zu bleiben.

Mittlerweile ist der Papstbesuch vorbei und der Staub, den er aufgewirbelt hat, hat sich - zumindest vorübergehend - wieder gelegt. Was jedoch bleibt, ist eine weitere Verunsicherung der christli-

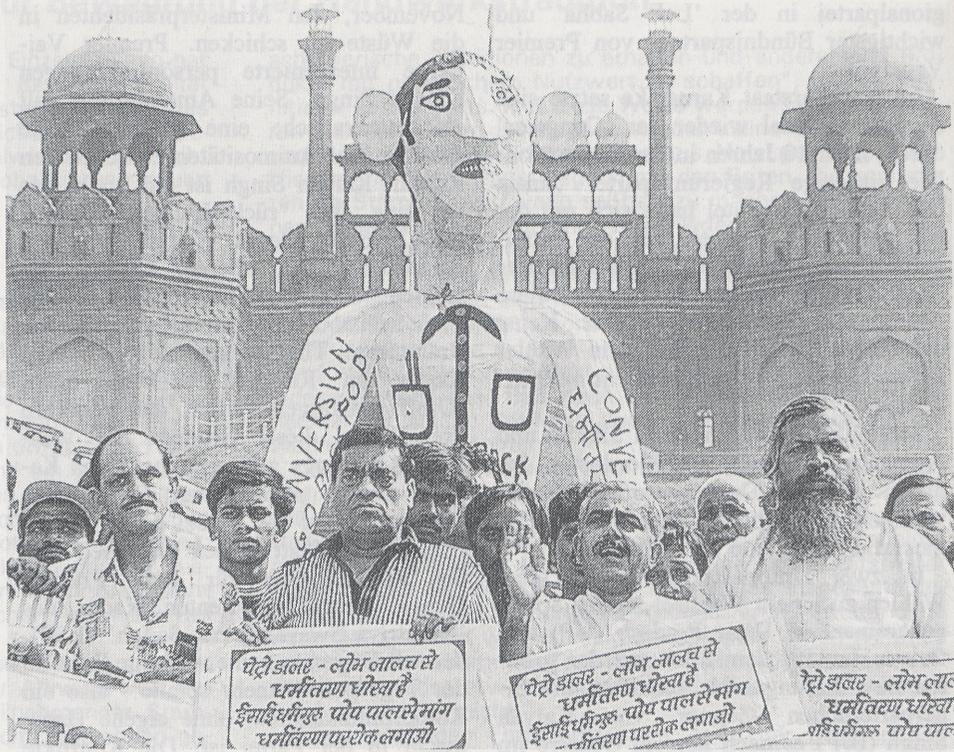
chen Minderheit in Indien, deren Mitglieder - vor allem Missionare, Ordensschwwestern und Priester - in letzter Zeit immer öfter zur Zielscheibe politisch motivierter Gewalttaten wurden. Immer mehr politische Beobachter teilen die Auffassung, daß nach den Muslimen in Zukunft auch Christen fürchten müssen, mehr ins Zentrum der Haßtiraden radikaler Hindus zu rücken.

Es bedarf eines Blickes auf die politische Landschaft im gegenwärtigen Indien, um die Hintergründe dieser Entwicklung zu verstehen. Bereits seit den 80er Jahren befinden sich hindu-nationale Kräfte in Indien im Aufwind. Mit den Wahlerfolgen der BJP sind sie nicht nur salonfähig geworden, sondern stellen heute eine bedeutende Kraft im parlamentarischen System dar. Als einzige Partei ist es der BJP gelungen, zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für die 'Congress-Party' zu werden.

In den späten achziger und frühen neunziger Jahren war es vor allem die von Hindu-Organisationen angeführte anti-muslimische Bewegung für einen Ramtempel am mythischen Geburtsort des Gottkönigs Ram in Ayodhya, die den Hindu-Nationalisten jene Massenunterstützung gebracht hatte, die sie zur Macht führte (die Bewegung war deswegen von besonderer Brisanz, weil der angebliche Geburtsort Rams von einer Moschee besetzt war. Sie wurde 1992 gewaltsam von Hindunationalisten zerstört). Nach der erfolgreichen Regierungsbildung in verschiedenen nordindischen Bundesstaaten (Rajasthan, Gujarat, Uttar Pradesh, Haryana, Madhya Pradesh, Maharashtra) gelang es der BJP und ihren Verbündeten und Koalitionspartnern 1998 das erste Mal, auch im nationalen Parlament die Regierung zu stellen.

Aber mit der Macht kamen auch die Probleme. Eine Partei, die als diszipliniert galt und als vereinte Front gegen einen zerstrittenen 'Congress' angetreten war, litt zunehmend unter inneren Spannungen. Die Kämpfe um Posten und Pöstchen spiegelten die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen, die unterschiedliche Wählergruppen vertraten und zum Teil sehr verschiedene Vorstellungen von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Umsetzung einer "Hindu-Agenda" hatten.

Im Rückblick traten bisher zwei Problemkreise besonders deutlich hervor. Erstens wurde klar, daß auch eine von Hindu-Nationalisten gebildete Regierung in einer Demokratie ihre Agenda eines von brahmanischen Idealen geprägten Hindu-Reiches nicht in der Radikalität umsetzen konnte, wie es das Programm vorsah und von außerparlamentarischen Unterstützungsgruppen (wie VHP und RSS) eingefordert wurde. Das Profil der



Mitglieder der Janata Sangharsh Samiti (JSS) protestieren gegen den Papstbesuch vor dem Red Fort in Delhi (Foto: 'Frontline')

BJP drohte sich in der Folge immer mehr dem anderer Parteien anzugleichen. Zweitens wurde deutlich, daß die BJP nur dann eine Langzeitperspektive als Regierungspartei entwickeln könnte, wenn sie in der Lage wäre, neben ihrer bisherigen Stammwählerschaft - zumeist hochkastigen Hindus - auch ein dauerhaftes Wählerpotential in der ländlichen Bevölkerung, unter niedrigkastigen Hindus und Adivasis zu mobilisieren.

Es ist nicht zuletzt im Zusammenhang mit diesem Zahlenspiel - in einer in vielfältige Kasten, Klassen und Lobbygruppen zerfallenden Demokratie -, daß Hindu-Nationalisten die Christianisierung der Bevölkerung in armen und unterentwickelten Landstrichen ein Dorn im Auge ist. Eine Partei, die ihre Wählerschaft in Namen des Hinduismus mobilisiert, kann kaum erwarten, unter Christen erfolgreich zu sein. Hindu-Organisationen verstärkten ihre Arbeit daher bevorzugt in den Gebieten, in denen intensiv missioniert wurde, um ihrerseits Hindu-Gedankengut zu verbreiten.

Anders als die Arbeit der Christen verstehen sie ihre Propaganda jedoch nicht als die Vermittlung einer für weite Teile der ländlichen und tribalen Bevölkerung fremden Ideologie. Vielmehr präsentieren sie sich als Kulturhelden, die daran arbeiten, Indiens "ursprüngliche" Hindu-Kultur wieder zu beleben.

In ihrer Definition des Hinduismus gehen sie davon aus, daß jeder Einwohner Indiens von seiner "natürlichen" Ausstattung her Hindu ist. Unterschiede zwischen Hindus, Buddhisten, Jains und

Sikhs werden genauso ignoriert, wie regionale Varianten in der Glaubenswelt und Verehrungspraxis. Wer nicht Christ oder Muslim ist, ist Hindu, heißt die einfache Formel. Deutlich markiert als "Andere" gelten Christen und Muslime als durch ausländische Kräfte gewaltsam konvertierte oder zu einem anderen Glauben verführte Hindus, die durch Reinheitszeremonien zu ihrem "angestammten" Glauben rückbekehrt werden müssen.

Obwohl hier Christen und Muslime gleichermaßen zu internen Feinden eines neuen aufstrebenden stolzen Hindu-Staates erklärt werden, waren es bis dato vor allem die Muslime, gegen die sich der Kriegsruf radikaler Hindus richtete. Sie galten nicht nur wegen ihrer Religion als suspekt, sondern konnten auch schnell zu Staatsfeinden erklärt werden, da ihnen nachgesagt wurde, ihre natürliche Loyalität könne nicht dem indischen Staat gelten, sondern nur dem muslimisch dominierten Pakistan.

Nach der Zerstörung der Babri Moschee in Ayodhya im Jahr 1992 (im Rahmen der Ramtempel Kampagne) jedoch haben die Attacken gegen Muslime vorübergehend an Intensität verloren. Zu sehr hatten die gewalttätigen Ausschreitungen, die den Ereignissen in Ayodhya folgten, die hindu-nationalen Kräfte in Mißkredit gebracht. Die Tempelbewegung schien den Hindu-Nationalisten aus der Hand gegliitten zu sein und es wurde immer schwieriger sie weiter zu verfolgen. Ironischerweise gilt dies in besonderer Weise jetzt, da die BJP selber an

der Macht ist. Mit Rücksicht auf die Koalitionspartner kann sie das Thema "Ramtempel" kaum ansprechen. Es existiert nur noch als eine Art vages Versprechen für die Zukunft. Daß das Thema jedoch nicht verschwunden ist und jederzeit wieder aufgegriffen werden kann, bewies dieser Tage Kalyan Singh (der frisch abgesetzte Regierungschef von Uttar Pradesh), als er in Wut über seine Ablösung deutlich werden ließ, daß er fest entschlossen sei, die BJP-Regierung in Uttar Pradesh und im Zentrum mit einer Neuauflage der Tempelbewegung in Bedrängnis zu bringen.

In einer Situation, in der die Hindu-Nationalisten eines ihrer populärsten Themen zurückstellen mußten und in der sie auch sonst kaum in der Lage sind, als

Regierungspartei ihre spezifische politische Ausrichtung aufrecht zu erhalten, kam den Hindu-Organisationen der Versuch des Papstes gerade recht, um neuen Wind in die Bewegung zu bringen. Als noch weitgehend unbeackertes Feld eignet sich die Propaganda gegen Christen, um neues Profil zu gewinnen ohne die "eigene" Regierung bezüglich ihrer Wahlversprechen (Bau des Ramtempels, einheitliches Zivilrecht für Hindus und Muslime, Aufgabe des Sonderstatus für Jammu & Kashmir) in eine peinliche Erklärungsnot zu zwingen.

Noch ist nicht klar, wie weit es radikalen Hindus gelingen wird, Christen in Indien zu stigmatisieren. Aber bereits jetzt ist nicht zu übersehen, daß nach den Muslimen nun auch Christen zunehmend

als eine stereotype Gruppe wahrgenommen werden. So lassen sie sich auf lange Sicht als Sündenbock etablieren (oder auch als Wählerblock mobilisieren). Schnell könnte eine ähnliche Geschichte voller bitterer Erinnerungen von gegenseitigen Verletzungen und Angriffen geschrieben sein, wie sie für Hindus und Muslime existiert und wie sie sich als Narrative im öffentlichen Diskurs Indiens fest etabliert hat. Der Mord eines christlichen Missionars in Orissa könnte dann womöglich zum Anlaß für Ausschreitungen im ganzen Land werden. Es ist daher dringende Zeit, vor der zunehmenden Radikalisierung der religiösen Landschaft in Indien nicht länger die Augen zu verschließen.

Bhopal - Die Katastrophe geht weiter

Der Tod kam nachts, ganz leise und ohne Vorwarnung. Ein stechender Geruch riß die Menschen aus dem Schlaf und trieb sie aus den Häusern. Von den Bäumen fielen die Blätter, überall brachen Menschen und Tiere tot zusammen. "Meine Augen brannten und tränten, vor Schmerz konnte ich kaum atmen", erinnert sich Shehjad Khan, ein Anwohner im Slum J.P. Nagar, direkt gegenüber dem Werkstor. Die Straße sei mit Leichen übersät gewesen, Lastwagenweise seien die Toten weggeschafft und in einen Fluß gekippt worden. Um drei Uhr morgens starb seine Schwiegertochter. Sobald es hell wurde, floh er wie hundertausende andere aus der Stadt.

In der Nacht zum 3. Dezember 1984 strömten aus der Pestizidfabrik des US-Multis 'Union Carbide' 40 Tonnen einer Chlorgasverbindung über die Stadt Bhopal. Jeder zweite der rund eine Million Einwohner kam mit dem Gift in Kontakt. Mindestens 3.000 Menschen erlebten den Sonnenaufgang nicht mehr. Bis heute sind nach Angaben von Bürgerinitiativen 27.000 Anwohner an den Folgen der Vergiftung gestorben.

Am 15. Jahrestag der Katastrophe zogen die Hinterbliebenen mit Fackeln zum Werksgelände, um auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen. Sie fordern Gerechtigkeit. Die Verantwortlichen für die Havarie müßten endlich vor Gericht gestellt werden. Die Regierung solle für qualifizierte medizinische Betreuung und angemessene Entschädigung sorgen. Unterstützt werden diese Forderungen von 'Greenpeace', deren Kampagnenschiff 'Rainbow Warrior' erstmals in Mumbai (früher Bombay) vor Anker ging. An Bord des Schiffes präsentierten indische und europäische Umweltschützer der Presse eine neue Untersuchung über die Altlasten der nach dem Unfall geschlossenen Fabrik. Demnach lagern dort große Mengen von Pestiziden und Abfallprodukten ungeschützt im Freien.

"Im vergangenen Mai nahmen wir auf dem Werksgelände Bodenproben, die sogleich versiegelt und zur Untersuchung nach Europa gebracht wurden", berichtet die Wis-

senschaftlerin Ruth Stringer von der britischen Universität Exeter, die die Analyse im Auftrag von 'Greenpeace' vornahm. Das Werksgelände sei großflächig mit Schwermetallen und Chemikalien verseucht, u.a. mit Quecksilber, Blei, Hexachlorbenzol (eine Rohform des Pestizids Lindan), mit dem Pestizid Sevin und anderen Chlorverbindungen. "Wir entnahmen auch Proben aus zwölf Trinkwasserbrunnen in der näheren Umgebung. In fünf davon stellten wir toxische Chlorverbindungen in Konzentrationen fest, die in vier Fällen die Unbedenklichkeitsstandards der Weltgesundheitsorganisation übertreffen. Eine Probe wies sogar elf verschiedene toxische Verbindungen auf. Das Schlimmste ist, die Slumbewohner haben keine Alternative, sie müssen dieses Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen benutzen." 'Greenpeace' fordert die Behörden auf, das Werksgelände und seine Umgebung systematisch auf Altlasten zu untersuchen. 'Union Carbide' müsse für die Entseuchung aufkommen.

Nicht nur in Bhopal setzt sich die Katastrophe fort. Seit jener Nacht im Dezember 1984 ereigneten sich in Indien 119 schwere Industrieunfälle, die mindestens eintausend weitere Menschenleben forderten. Die Chemie ist Indiens viertgrößter Industriesektor, seine Pestizidproduktion die zweithöchste in Asien. Weil verbindliche Richtlinien über den Umgang mit giftigen Abfällen fehlen, werden sie häufig einfach über die Mauer gekippt. Ungeklärte Abwässer fließen in offenen Kanälen durch Felder und Dörfer zum nächstgrößeren Fluß. Das nächtliche Ablassen überlichsender Gase ist weitverbreitet. Staatliche Kontrollinstanzen sind ungenügend ausgestattet und anfällig für Korruption. Kein Wunder also, daß kaum je ein Chemieunternehmer für Umweltschäden zur Verantwortung gezogen wurde.

So auch im Falle Bhopal. Nach der Schließung der Unglücksfabrik wechselten die verantwortlichen Manager in andere leitende Positionen. Der damalige Chef von 'Union Carbide', der Amerikaner Warren Anderson, weigert sich seit Jahren, einer ge-

richtlichen Vorladung nach Bhopal Folge zu leisten. Die indische Regierung unternimmt nichts, um seine Auslieferung zu erreichen.

"Hängt Anderson!" lautet eine der Forderungen der Bürgerinitiativen in Bhopal. Sie spiegelt den ohnmächtigen Zorn der Opfer wider. 15 Jahre nach der Katastrophe sind viele der Überlebenden arbeitsunfähig. Die meisten haben ihre mageren Ersparnisse für Arztrechnungen und Medikamente aufgebraucht. Ihre Vertreter behaupten, die Hälfte der von der Regierung gezahlten Entschädigungsgelder - in der Regel einige hundert Mark - seien in den Taschen korrupter Richter, Beamter und Ärzte versickert. 'Union Carbide' gelang es, sich von sämtlichen Regressansprüchen freizukaufen. Die Pestizidfabrik rostet, nun unter Regierungsaufsicht, vor sich hin.

Das traurige Nachspiel der Bhopal-Katastrophe komme einer Einladung zur Verseuchung gleich, kommentieren indische Umweltschützer. Sie weisen daraufhin, daß multinationale Unternehmen gefährliche Produktionszweige in Länder wie Indien auslagern, wo die Gesetze weich und die Kontrolle schwach ist. Hier findet man auch die großen Namen der deutschen Chemie: 'Bayer', 'Hoechst', 'BASF', 'Boehringer Mannheim' und so weiter. Als die indische Regierung kurz nach dem Desaster in den USA gerichtliche Schritte gegen 'Union Carbide' einleitete, schlug sich die Branche, einheimische und multinationale Unternehmen gleichermaßen, auf die Seite des US-Konzerns und zwang die Regierung mit einem Investitionsstopp in die Knie. 'Union Carbide' und New Delhi einigten sich außerhalb der Gerichte auf einen Deal: Der Konzern überwie 472 Millionen Dollar nach New Delhi, dafür übernahm die indische Regierung die Verantwortung für die Entschädigung der Opfer und stellte das strafrechtliche Verfahren ein. Vor kurzem fusionierte 'Union Carbide' mit 'Dow Chemicals' zum zweitgrößten Chemiekonzern der Welt.

Rainer Hörig